

## **Niederschrift**

über die 6. öffentliche Sitzung  
**des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses**

am Donnerstag, dem **07.06.2007**, im **Ratssaal des Rathauses in Sande**

### **Tagesordnung:**

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Bahnumgehung Sande/Bahnübergang Deichstraße**
- 4. Baumschutz in der Gemeinde Sande  
Vorlage: 077/2007**
- 5. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 16:30 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsherr Andreas Schindler als Ausschussvorsitzender  
Ratsherr Jörg Beutz  
Ratsfrau Petra Ducci  
Ratsherr Erich Janßen  
Ratsherr Holger Mehrle

Vertreter/in

Ratsfrau Christel Bohlen Vertretung für Herrn Ratsherr Wilfried Rost  
Ratsfrau Manuela Mohr Vertretung für Herrn Ratsherr Engelbert Wulfert

Zuhörer/in

Beigeordneter Folkert Feeken  
Ratsherr Hermann Kleemann  
Ratsherr Olaf Lies  
Ratsfrau Sandra Martsfeld  
1. stellvertretender Bürgermeister Michael Ramke  
Ratsfrau Monika Willenbücher

Verwaltung

Bürgermeister Josef Wesselmann  
Gemeindeamtsrat Klaus Oltmann  
Gemeindeinspektorin Nadine Krösche als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Schindler, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Dem Antrag eines Ausschussmitgliedes, den Tagesordnungspunkt 2 - Genehmigung der Niederschrift vom 1.05.2007 - zu streichen, da die Niederschrift für das Ausschussmitglied nicht einsehbar war, wurde einstimmig gefolgt.

Unter Berücksichtigung dieser Änderung wurde die Tagesordnung festgestellt.

## 2. Einwohnerfragestunde

Ein Bürger erkundigte sich, inwieweit der Gemeinde Sande bekannt ist, von wo aus die in Deutschland existierenden Kohlekraftwerke die Kohle beziehen, da aufgrund der Investitionen im Rüstersieler Groden davon auszugehen ist, dass von dort aus Kohle für die Kraftwerke in ganz Deutschland abgeführt wird und von daher mit einer Zunahme der Kohletransporte und einer zusätzlichen Belastung der Gleise und der Anwohner zu rechnen ist.

Bürgermeister Wesselmann führte dazu aus, dass bekannt ist, dass es Planungen für ein Massenschüttgutlager im Rüstersieler Groden gibt, die Menge der Einlagerungen sind jedoch nicht bekannt. Schätzungen der Deutschen Bahn AG haben ergeben, dass insgesamt mit den zusätzlichen Zügen durch die Industrieansiedlung und der Inbetriebnahme des JadeWeserPorts mit 60 Zügen pro Tag gerechnet werden muss.

Auf die Nachfrage einer Bürgerin, ob es für den Einsatz der Züge eine zeitliche Begrenzung gibt, erklärte der Bürgermeister, dass die Züge theoretisch zu jeder Tageszeit fahren können. Es ist nicht bekannt, ob die Deutsche Bahn AG eine Selbstverpflichtung vornimmt, die Züge nur zu bestimmten Zeiten fahren zu lassen.

Landwirt Hinrichs hinterfragte die Realisierung einer Klappbrücke am Ems-Jade-Kanal, wozu Bürgermeister Wesselmann ausführte, dass die derzeit vorhandenen Planungen lediglich Grobplanungen darstellen, die auf Grundlage des Baus eines Dammes erstellt wurden, um den Kanal und die Landesstraße nicht höhengleich zu kreuzen. Die Deutsche Bahn AG hat sich aus betriebswirtschaftlicher Sicht für den Bau eines Dammes entschieden, da bei einer Klappbrücke mit hohen laufenden Unterhaltungskosten zu rechnen ist. Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens besteht für alle betroffenen Bürger die Möglichkeit der Forderung nach einer Klappbrücke Nachdruck zu verleihen. Die Entscheidung steht dann jedoch im Ermessen der Planfeststellungsbehörde.

## 3. Bahnumgehung Sande/Bahnübergang Deichstraße

Bürgermeister Wesselmann wies einleitend darauf hin, dass die Gründe, die gegen eine Variante 3 sprechen, in der letzten Bauausschusssitzung nicht klar vorgestellt wurden, so dass Unverständnis in der Bevölkerung hervorgerufen wurde. Nach Aussage der Deutschen Bahn AG gehört die Lösung des Bahnübergangs Altenhof bei der Variante 3 nicht mehr zur eigentlichen Bahnumfahrung und stellt eine zusätzliche Maßnahme nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz dar, genauso wie der Bahnübergang Deichstraße. Seitens der Deutschen Bahn AG ist die Lösung des Bahnübergangs Altenhof rund 1 Mio. Euro teurer geschätzt worden, als die Bahnüberführung der K 312, die bei den anderen beiden Trassenvarianten erforderlich wäre, so dass diese Variante wenig Aussicht auf Erfolg hätte.

Zudem gibt es wesentlich mehr Betroffene in Altenhof, Mariensiel und Middelsfähr, so dass sich die Verwaltung für die 2. Variante ausgesprochen hat.

Ratsfrau Mohr legte auf Grund ihrer eigenen Betroffenheit ihr Mandat für die Dauer der Beratungen zu diesem Thema nieder.

Die SPD-Fraktion führte aus, dass es bei allen Varianten Betroffene gibt, und es gilt, den Schaden für die Bürger möglichst gering zu halten. Die Fraktion sprach sich für die 2. Variante aus, wohlwissend, dass damit Probleme für einzelne Bürger verbunden sind. Es sollte darauf hingewirkt werden, dass die Bahngleise möglichst ebenerdig durch die Landschaft geführt werden. Bezüglich des Bahnübergangs an der Deichstraße wurde erklärt, dass dem Vorschlag der Verwaltung uneingeschränkt gefolgt werden kann.

Die CDU-Fraktion sprach sich ebenfalls für die 2. Variante aus, wobei hierbei die Schaffung von Ausgleichsmöglichkeiten für die Betroffenen sichergestellt werden müssen. Die Lösung für den Bahnübergang Deichstraße wurde als akzeptabel angesehen, es wurde jedoch herausgestellt, dass die Planungen für das Bauwerk schnell vorangetrieben werden müssen, damit die Unterführung fertig gestellt ist, bevor der JadeWeserPort in Betrieb genommen wird.

Seitens der Gruppe FDP/Bündnis90-Die Grünen wurde ausgeführt, dass die Gemeinde Sande zwar Interessen vertreten kann, ein Beschluss über eine Trasse jedoch nicht sicherstellt, dass diejenige Variante auch tatsächlich umgesetzt wird, da die endgültige Entscheidung durch die Planfeststellungsbehörde getroffen wird. Von daher werde die Gruppe sich nicht zu einer Variante äußern.

Die WBS sprach sich für die 2. Variante aus und vertrat die Auffassung, dass im Rahmen der Planungen eine Klappbrücke gefordert werden sollte. Zum Bahnübergang Deichstraße wurde ausgeführt, dass die Planungen schnell vorangetrieben werden sollten und eine Umsetzung in der Art, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, erfolgen sollte.

Ein Ausschussmitglied monierte, dass die Deutsche Bahn AG nicht alle notwendigen Informationen weitergegeben hat. So fehlen zum Beispiel Angaben über die Art des geplanten Lärmschutzes und eine Konkretisierung der Planungen, um seitens der Gemeinde Sande den Plänen der Bahn zustimmen zu können. Es wurde die Ansicht vertreten, dass die Gemeinde in die Planungen mit eingebunden werden muss, und zwar während des Planungsprozesses. Um dieses Vorgehen zu erreichen, ist es notwendig, dass seitens der Gemeinde Sande fraktionsübergreifend Druck auf die Deutsche Bahn AG ausgeübt wird.

Diese Aussagen wurden von einem anderen Ausschussmitglied als illusorisch angesehen. Die Aufgabe der Gemeinde wurde darin gesehen, dass vorbereitend für die Ratssitzung eine Meinung gebildet wird und ein

Beschluss gefasst wird, damit die Deutsche Bahn AG in die Lage versetzt wird, in die Detailplanung einzusteigen.

Es wurde gefordert, dass die Deutsche Bahn AG alle Informationen offen legt und diese auch in die Entscheidung mit einfließen sollten. Eine entsprechende Aufforderung sollte ergehen. Die Planungen für den Bahnübergang Deichstraße müssen zügig vorangetrieben werden, damit mit der Umsetzung mit dem Ziel begonnen werden kann, dass diese Maßnahme vor der Inbetriebnahme des JadeWeserPorts abgeschlossen wird.

Vor der Beschlussfassung zu Punkt a) gab der Vertreter der Gruppe FDP/Bündnis90-Die Grünen zu Protokoll, dass die Gruppe nicht an der Abstimmung teilnimmt, da ihr zu wenige Informationen vorliegen.

Beschlussvorschlag:

- a) Zur geplanten Bahnumgehung Sande spricht die Gemeinde Sande sich nach dem derzeitigen Kenntnisstand für die vorgestellte Variante N 2 aus, die möglichst ebenerdig errichtet werden soll.

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Umsetzung alle von ihrer Seite erforderlichen Schritte zu veranlassen, damit ein entsprechendes Planfeststellungsverfahren durch das Eisenbahn-Bundesamt eingeleitet wird. Bei allen Planungsschritten soll die Gemeinde vorab mit eingebunden werden, einzelne Planungsschritte sind abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen

- b) Zur Errichtung einer Bahnüberführung bzw. –unterführung im Bereich des Bahnüberganges Deichstraße - mit direkter Anbindung an das Gewerbegebiet im Bereich Elektronikring/Bahnhofstraße - wird die Verwaltung beauftragt, nach Absprache mit der DB-Netz AG die Erstellung von Unterlagen für die Genehmigungsplanung in Auftrag zu geben.

Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, erforderliche Planverfahren vorzubereiten und entsprechende Planungsaufträge zu vergeben.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen

Ein Bürger erkundigte sich, inwieweit die Gemeinde Sande eine Einflussmöglichkeit auf den Zeitpunkt der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens hat. Hierzu führte Bürgermeister Wesselmann aus, dass keine große Chance der Einflussnahme gesehen wird, aber davon ausgegangen wird, dass die Deutsche Bahn AG ein Eigeninteresse an einer zügigen Durchführung des Verfahrens hat, da ansonsten die

Container über die Gleise in Sanderbusch abgeführt werden müssten, die noch mit hohem finanziellen Aufwand ertüchtigt werden müssten. Mit der Einleitung des Verfahrens ist auf jedem Fall erst nach Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung zu rechnen.

Auf die Frage, ob während der Baumaßnahmen mit Lärmschutz zu rechnen ist, wurde seitens des Bürgermeisters erklärt, dass dieses nicht bekannt ist, jedoch davon auszugehen ist, dass die Anwohner gewisse Beeinträchtigungen in Kauf nehmen müssen.

#### **4. Baumschutz in der Gemeinde Sande** **Vorlage: 077/2007**

Von der SPD-Fraktion wurde erklärt, dass es sinnvoll ist, ein Baumkataster aufzubauen. Hierfür müsste ein Fachmann beauftragt werden, der herausfindet, welche Bäume im Gemeindegebiet schützenswert sind.

Die CDU-Fraktion zeigte auf, dass die Vorkommnisse in der letzten Zeit eine Sensibilisierung bezüglich dieses Thema hervorgerufen hat. Bezüglich der vorliegenden Übersicht über die durch Bebauungspläne geschützten Bäume wurde angezweifelt, dass diese vollständig ist. Hierzu führte die Verwaltung aus, dass die Übersicht vollständig ist, der Eindruck der Unvollständigkeit jedoch dadurch entstehen kann, dass nicht in allen Bereichen Sandes ein Bebauungsplan besteht.

Von einem Ausschussmitglied wurde aufgrund der Höhe der Kosten für ein Baumkataster vorgeschlagen, in Zusammenarbeit mit Studierenden der Universität Oldenburg das Kataster aufzustellen.

Dieser Vorschlag wurde im Ausschuss begrüßt und dahingehend ergänzt, dass nur ortsbild- und landschaftsprägende Bäume geschützt werden sollten.

Übereinstimmend wurde der Verwaltung der Auftrag erteilt, das vorliegende Angebot zur Erstellung eines Baumkatasters zu konkretisieren.

#### **5. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

- a) Ein Ausschussmitglied teilte mit, dass nach der Inbetriebnahme des Instrumentenanflugverfahrens beim Flugplatz Mariensiel ein deutlich erhöhtes Lärmaufkommen zu beobachten ist.

Nach kurzer Unterbrechung wurde in nichtöffentlicher Sitzung weiter beraten.

Schluss der Sitzung: 18:40 Uhr

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Schriftführerin